Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Ostbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14101 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-A., Ostbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,30 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Ostbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 8. Mai 1926 — Nummer 106

Luther gerettet!

Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensvotums – Stimmenthaltung der SPD. – Deutschnationales Vertrauen für das schwarz-weiß-rote Kabinett

Berlin, 8. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich gestern bei der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler der Stimme enthalten. Unter lächerlichen Vorwänden haben die SPD.-Führer damit das Lutherkabinett gestützt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Mißtrauensantrag gegen Luther persönlich, nicht aber gegen das Reichskabinett eingebracht, der am Dienstag zur Abstimmung kommen soll. Die Ablehnung dieses Antrages ist bereits so gut wie gesichert, wenn nicht der Massensturm der Arbeiter die schwarz-rot-goldenen Jacken im Reichstag weitertreiben sollte, als sie gehen wollen. Die Deutschnationalen haben sich gestern bei der Abstimmung der Stimme enthalten, und sie künden bereits an, daß sie bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag gegen diesen Antrag stimmen werden.

Mit dieser Stellungnahme zum kommunistischen Mißtrauensantrag und zur Flaggenverordnung der Monarchistenkabinetts haben die SPD.-Führer sich selbst die Maske heruntergerissen. In ihrer Stimmenthaltung zeigen sie, daß sie weiter gewillt sind, die Regierung zu stützen, die mit unmenschlicher Brutalität gegen das Proletariat wütet und die Ausbeuterpläne der Unternehmer nach jeder Richtung hin fördert. Mit ihrer Haltung zum kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Lutherkabinett sagt die SPD. die Regierung, die offen einen monarchistischen Kurs einschlägt und sich ebenso offen auf die Seite der Fürsten stellt. All das kann die sozialdemokratischen Führer nicht bewegen, dieser Regierung das schmachvolle Handwerk zu legen.

*

Im Reichstag kam gestern nach der Beratung der Anträge des Rechtsausschusses auf Aenderung des Strafgesetzbuches hinsichtlich der §§ 218/19 das von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinett zur Abstimmung.

Für die Deutschnationalen gab Graf Westarp die Erklärung ab, daß die Deutschnationalen das kommunistische Mißtrauensvotum ablehnen werden, weil die Auffassung der Reichsregierung, daß die entschädigungslose Enteignung der Fürsten im Widerspruch eines Rechtsstaates widerspreche, auch die Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei sei. Bezeichnenderweise nannte der Redner selbst von einem „bevorstehenden Kampf um den Volksentscheid", wo seine Partei den gleichen Standpunkt vertreten werde. Angesichts der politischen Uebereinstimmung der Deutschnationalen und der Reichsregierung ist der zweite Satz in der Erklärung des Grafen Westarp: „Unsere Gesinnung gegen das jetzige Kabinett, deren Entschiedenheit (?) aus diesen Gründen bekannt sind, wird durch diese Abstimmung nicht berührt," als eine Komödie entlarvt.

Zentrum erklärte Müller-Franken für die Sozialdemokratie: „Das Mißtrauensvotum der kommunistischen Fraktion ist zwar nicht motiviert, aber es ist ausdrücklich eingebracht zu dem Zweck über die Enteignung der Fürstenvermögen. Wir sind der Ansicht, daß zu diesem Gesetz nach dem Ergebnis der gestrigen Abstimmungen nunmehr das Volk das Wort hat. Im übrigen haben wir in der Flaggenfrage interpelliert. Wir haben auch die Erklärung, die wir zur Debatte stellen werden, bereits veröffentlicht. Wir werden bei dieser Debatte, die der Aeltestenausschuß auf Dienstag festgesetzt hat, unsere Auseinandersetzung mit der Regierung führen. Wir sind der Ueberzeugung, daß das Mißtrauensvotum der Kommunisten uns nicht davon abbringen kann, die Debatte so zu führen, wie wir sie für richtig und notwendig halten. Wir werden uns der Stimme enthalten."

Für die Völkischen nahm sodann Gräfe zu einer äußerst polemischen Erklärung das Wort, aus der zu entnehmen war, daß die Völkischen für das Mißtrauensvotum stimmen werden.

Für die kommunistische Fraktion gab sodann der Genosse Stöcker, von dem Präsidenten wiederholt mit der Begründung unterbrochen, daß er keine Erklärung abgebe, sondern eine Polemik führe, folgende Erklärung ab:

„Dem Entrüstungssturm der ganzen, Dreiviertel- und Einviertel-Republikaner der letzten Tage über den monarchistischen Flaggenvorstoß des Luther-Kabinetts folgt hier wieder einmal die parlamentarische Komödie. Unser Mißtrauensantrag ist nicht motiviert und richtet sich gegen die gesamte politische Haltung des Luther-Kabinetts. Interessant ist die Haltung der Deutschnationalen; während sie bisher stets für derartige Mißtrauensanträge stimmten, stützen sie diesmal das Luther-Kabinett durch Stimmenthaltung. Sie haben alle Veranlassung dazu, nicht nur Herrn Luther, sondern auch den Herren Marx und Külz ihr Vertrauen auszusprechen, weil diese Musterrepublikaner die unrepublikanische Politik der Monarchisten weit besser durchführen, als es Herr Schiele mit seinen Freunden je verstanden hat. Daß die „tapferen" Demokraten das Luther-Kabinett trotz all ihrem Geschrei weiter stützen, ist kein Wunder. Die Sozialdemokraten, die in den letzten Tagen wieder einmal einen heftigen Kampf gegen das Luther-Kabinett ankündigten, setzten durch die Stimmenthaltung bei unserem Mißtrauensantrag ihre Politik der Unterstützung des Luther-Kabinetts fort. Ohne die ständige parlamentarische Stützung durch die sozialdemokratische Fraktion hätte Luther eine derart arbeiterfeindliche, monarchistische Politik überhaupt nicht treiben können, weshalb die sozialdemokratische Fraktion für diese Maßnahme die volle Verantwortung mitträgt, hat sie doch Luther erst kürzlich nicht nur den Gesamtetat, sondern auch den Wehretat und den Kanzleretat ausdrücklich bewilligt. Die Beschränkung der Sozialdemokraten auf ein Mißtrauensvotum nur gegen den Reichskanzler ist ein Ausweichen vor einer ersten Kampfstellung gegen das Luther-Kabinett. Sind doch die Stresemann, Marx und Külz für den monarchistischen Staatsstreich in der Flaggenfrage genau so verantwortlich wie Luther. Haben sie doch alle verfassungswidrigen Handlungen des Kabinetts ausdrücklich mitgemacht. Stimmenthaltung der Deutschnationalen und Stimmenthaltung der Sozialdemokraten — das kennzeichnet die Situation. Hier im Reichstag Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, draußen im Lande aber bildet sich immer mehr die proletarische Einheitsfront zum wirklichen Kampf gegen das Luther-Kabinett, zum Sturz dieser Regierung und zur Auflösung des Reichstages."

Bei der folgenden Abstimmung wurde das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Stimmen der Kommunisten und der Völkischen abgelehnt.

Der Riesenkampf in England

Verschärfung der Streiklage

London, 8. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Streikbewegung in England erfuhr im Laufe des Freitags weitere Ausdehnung. In London und der Provinz schlossen sich gemäß den Beschlüssen der Gewerkschaften weitere Arbeiterkategorien der Bewegung an. Infolge des provokatorischen Verhaltens der Polizei und der faschistischen Streikbrechergarden kam es im Verlauf des Tages in mehreren Städten zu Zusammenstößen. Die Arbeiterschaft wehrt sich mit Erfolg gegen die Streikbrecherorganisation. Irgendwelche Verhandlungen zur Beilegung des Streiks finden nicht statt. Die Stimmung der Massen und Streikführer ist kämpferisch zuversichtlich. Angesichts der Terrormaßnahmen der Regierung weist die Kommunistische Partei Englands auf den engen Zusammenhang des wirtschaftlichen und politischen Machtkampfes hin und gibt in ihren Flugblättern und Zeitungen die Parole heraus: „Nieder mit der scharfmacherischen Baldwin-Regierung! Es lebe die Regierung der Arbeiter!" Die Autorität der Partei wächst im Laufe des Kampfes.

*

Berlin, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter des „B. Z. am Mittag" schreibt aus London: „Es fahren weiter Omnibusse und Untergrundbahnen. Das ist wahr und ist doch nicht im entferntesten das, was es bedeuten soll. Ich schlich bei die Treppen der Untergrundbahn hinab- und hinaufgeklettert, denn die Rolltreppen und Aufzüge arbeiten nicht. Da die Londoner Untergrundbahn stellenweise über hundert Meter unter liegt, ist sie schon deshalb für viele Leute nicht zu benutzen und kommt wirklich alle 10 oder 15 Minuten ein Zug. — aber nur auf ein paar Linien und nur in den stillen Stunden. Wenn dann aber der Ansturm der Millionen kommt, die oft 20 bis 30 Kilometer weit nach Hause wollen, kann kein Mensch mit „Bus" oder Untergrund rechnen. Es ist nur eine Verkehrsfassade, aber es hielt sich gut, daß wieder Züge fahren. Seit gestern abend ist auch wieder der schrille Schrei der Zeitungsständler in der Straße zu vernehmen. Sie stehen wieder an allen Ecken und stoßen ihre stellenen Rufe aus: „Capy alle Zeitungen, alle späten Ausgaben", was sie zu verkaufen haben, das ist nur eine kleine Fassade einer Zeitung. Aber dem Londoner ist wohler, wenn er wieder den Schrei hört: „Alle Zeitungen ..." Alles dient zur Propaganda. Man sagt, der Boatzug fährt wieder täglich. In Wahrheit ist nur ein einziger Boatzug in England angekommen. Briefe bekommt man nur zweimal täglich mit mindestens eintägiger Verspätung. Aber man sagt, die Beförderung der Post ist nicht behindert."

*

London, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung versucht, in ihrem Organ von einem Fehlschlagen des Generalstreiks zu schwindeln und stellt freudestrahlend fest, daß die Auflage der Regierungszeitung für das ganze Land schon ½ Million beträgt. Ebenso wird gemeldet, daß im ganzen Lande 40 Zeitungen und Zeitschriften gedruckt werden. Ueber die Lebensmittelversorgung weiß die Regierung wegen der Schwierigkeiten nur zu sagen, daß die Milch- und Fischversorgung befriedigend funktioniert.

Bayern stößt vor

In einer Front mit Luther

Berlin, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Regierung veröffentlicht eine Denkschrift über Eigenstaatlichkeit der Länder unter der Weimarer Verfassung, in der das Reich angeklagt wird, auf den verschiedensten Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung die nach der Weimarer Verfassung den Bundesstaaten verbliebenen Rechte zum Teil unter Durchbrechung der Verfassung mehr und mehr verkürzt zu haben. Die Uebertragung der Durchführung verschiedener Reichsgesetze an Reichsbehörden an Stelle der Landesinstanzen wird als ein Einbruch in die Hoheitsrechte der Länder bezeichnet. Am Schluß erhebt Bayern die Forderung: Verfassungsfrieden statt Verfassungskampf. Umwandlung der labilen Grundlage der Weimarer Verfassung in eine stabile, klare Ordnung in der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern. Die Denkschrift fordert eine starke verfassungsrechtliche Sicherung der Länderrechte gegen Vergewaltigungen.

Bei den Vorstößen der Luther-Reaktion darf die bayerische Regierung nicht fehlen. Dieser Vorstoß ist nur ein Teil des Gesamtangriffs der Reaktion auf der ganzen Linie.

Vor schweren Aufgaben

Der englische Generalstreik und die internationale Arbeiterklasse.

Von A. Enderle (Berlin).

Der Kampf der 1,2 Millionen englischen Bergarbeiter und der daraus resultierende Generalstreik der ganzen englischen Arbeiterklasse hat mit einem Schlage den generellen unausweichlichen Kampf zwischen Kapital und Arbeit in allen kapitalistischen Ländern auf die Tagesordnung gestellt. In England erleben wir zum ersten Male in der Geschichte einen Generalstreik der gesamten Arbeiterklasse eines Landes für die Durchsetzung rein wirtschaftlicher, also gewerkschaftlicher Forderungen, während alle bisherigen Generalstreiks in den verschiedenen Ländern nur teilweise um wirtschaftliche, zum größten Teil dagegen um politische Machtforderungen gingen.

Die Arbeiterschaft der anderen Länder, vor allem auch Deutschlands, verfolgt den ungeheuren Kampf in Großbritannien mit größter Anteilnahme, beseelt von dem Willen und der Bereitschaft, den kämpfenden britischen Arbeitern die weitestgehende Unterstützung zu gewähren.

Der Kampf in England stellt an die Arbeiter und Gewerkschaften der übrigen kapitalistischen Länder nicht nur Solidaritätspflichten (Verhinderung von Kohlen- und Warentransporten nach England oder den englischen Absatzgebieten). Die Fragen um die in England gekämpft wird, stehen genau so, ja vielfach noch viel stärker in den übrigen kapitalistischen Ländern. In Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Tschechoslowakei usw. führt das Kapital seit Jahren denselben Kampf gegen die Arbeiter, wie jetzt die englische Bourgeoisie. Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre gesellschaftliche Aufgabe, die Ernährung und Erhaltung der gesamten Bevölkerung nicht mehr erfüllen, sie befindet sich in einer dauernden und sich immer mehr verschärfenden Krise. Das Kapital will und muß die Krise überwinden, muß sich stabilisieren, wenn es weiter seine Herrschaft behaupten will. Diese Stabilisierung kann nur durch steigende Verelendung der Arbeiterklasse erfolgen. Sie bedeutet praktisch: Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse, Stillegung der „überflüssigen" Betriebe, Arbeitslosmachung vieler Millionen von Proletariern, Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung für die im Betrieb verbleibenden.

Auf dem europäischen Kontinent, vor allem in Deutschland, der Tschechoslowakei und Polen ist das Kapital mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsleitungen seit Jahren dabei, diese „Stabilisierung" durchzuführen. Dabei ist das Kapital bisher in seinem Bestreben von Erfolg zu Erfolg geschritten, während die Arbeiterklasse Position um Position verlor. Bei Fortsetzung der reformistischen Gewerkschaftstaktik hätte das Kapital Aussicht, für eine absehbare Spanne Zeit, sich zu „stabilisieren", bei gleichzeitiger katastrophaler Verelendung der Arbeiterklasse.

Die englische Bourgeoisie als der Führer des europäischen Kapitalismus, als der europäische Sieger im Weltkrieg, hatte viel länger als das weniger reiche kontinentale Kapital die Möglichkeit ihrer Arbeiterklasse relativ hohe Löhne zu bezahlen. Jetzt ist aber auch das englische Kapital in die Zwangslage versetzt, die Sanierung und Rationalisierung ihrer Wirtschaft auf Kosten der englischen Arbeiterklasse durchzuführen. Auch in England steht heute die Frage für das Kapital auf: Entweder — Oder. Und alle Versuche, dem Kampf auszuweichen (ein solcher Versuch war die vom 1. August 1925 bis 1. Mai 1926 dauernde Zahlung von Staatszuschüssen an die Kohlenbesitzer), sind vergebens, die Lage des Kapitals zwingt zur Austragung des Kampfes.

Doch während in Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei usw. die reformistischen Gewerkschaftsleitungen in gleicher Situation dem Kampf ausgewichen sind, ja unter der Parole „Rettung der Wirtschaft", die kapitalistischen Stabilisierungsbestrebungen unterstützen, sich mit der Beseitigung des Achtstundentages, mit dem Lohnabbau, mit den Betriebsstillegungen und Raub der Arbeiterrechte abfanden, ja selbst die dagegen ankämpfenden Arbeiteroppositionen niederschlagen halfen, hat in England der proletarische Widerstand gegen die Kapitalsbestrebungen die Oberhand bekommen. In den Gewerkschaften wurden zum großen Teil die reformistischen Gewerkschaftsführer von der Spitze der Gewerkschaften entfernt und durch links orientierte Führer ersetzt. Diese Revolutionierung der englischen Gewerkschaftsbewegung hat zur Folge, daß jetzt die Gewerkschaften nicht mehr dem Kampf der Unternehmer ausweichen, sondern ihn mit Konsequenz und Entschlossenheit aufnehmen. Nicht „Rettung der Wirtschaft", was praktisch Rettung des Kapitalismus bedeutet, sondern Rettung und Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse ist die Losung der englischen Gewerkschaften. Die Durchsetzung dieser Auffassung bedingte Maßnahmen, durch die eine Niederschlagung einzelner, isoliert kämpfender Arbeiterkategorien verhindert und jeder Angriff des Kapitals auf eine Arbeiterschicht von der gesamten Arbeiterschaft geschlossen abgewehrt werden kann. Darum die Schaffung von Kampfbündnissen der wichtigsten Industriegruppen, der Bergarbeiter, Eisenbahner, Metallarbeiter und Transportarbeiter. In Konsequenz dieser Taktik konnte der Angriff auf die Bergarbeiter nur mit dem Generalstreik beantwortet werden.

Welche Aufgabe erwächst daraus für die Proletarier und Gewerkschaften der übrigen kapitalistischen Länder, die erfüllt sind von dem Willen, die kämpfenden britischen Arbeiter mit allen Kräften zu unterstützen?

Die erste Aufgabe ist selbstverständlich unbedingte Solidarität mit dem kämpfenden englischen Proletariat, d. h. Verhinderung jeglicher Zufuhr von Kohle nach England und den englischen Absatzmärkten aus anderen Ländern. Dazu ist notwendig:

Scharfe Kontrolle der Schiffs- und Eisenbahntransporte in allen kontinentalen Industriezentren. Kein Hafenarbeiter, kein Eisenbahner und Transportarbeiter in ganz Europa darf Kohlen befördern, die für England bzw. englische Absatzmärkte bestimmt sind. Von den Gewerkschaften müssen überall Kontrollausschüsse gebildet werden, die alle Transportsendungen scharf überwachen.

In den kontinentalen Bergbauzentren muß sofort jede Ueberarbeit eingestellt werden, und zwar ganz gleichgültig, ob die Ueberschichtentarife noch in Kraft sind.

In der gesamten übrigen Industrie, vor allen Dingen bei den Werften muß jede Arbeit abgelehnt werden, die offensichtlich